

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 02.03.2021

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: SPD-Fraktion
Telefon: (03 85) 5 45 29 62

Antrag
Drucksache Nr.

00051/2021

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Die Verantwortung der Stadt darf nicht beim Ansiedlungsbeschluss von Unternehmen im Niedriglohnsektor enden

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung spricht sich für faire Löhne, Tarifbindung und Mitbestimmung in den Unternehmen in Schwerin aus.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK, der Handwerkskammer, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, die Menschen im Niedriglohnbereich aktiv bei ihrer individuellen beruflichen Weiterbildung zu unterstützen. Ziel muss es sein, dass Schweriner*innen ihre Weiterbildungsmöglichkeiten kennen und diese mit Hinblick auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben auch ergreifen können.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landes- und Bundesregierung für die Erhöhung des Mindestlohns auf 13,00 Euro auszusprechen.

Begründung

Die Ansiedlung von Amazon ist ein gutes Beispiel für die Herausforderungen, welche die Ansiedlungen von Unternehmen im Niedriglohnbereich in Schwerin mit sich bringen. Es entstehen neue Arbeitsplätze, die von unserer Stadt und unseren Bürger*innen gebraucht werden. Zugleich kann diese Arbeit meist nicht als gute Arbeit bezeichnet werden. Eine Stelle im Niedriglohnbereich kann ein guter Einstieg in den Arbeitsmarkt sein. Aber sie darf keine Dauerlösung sein. Wir brauchen Arbeitsverhältnisse, die den Lebensunterhalt decken, Sicherheit für Familien gewährleisten und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Stadt steht mit in der Verantwortung, dass die Einkommensschere in Schwerin nicht noch größer wird. Berufliche Qualifizierung ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, da sie den Einstieg in besser entlohnte Arbeitsverhältnisse ermöglicht.

Über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

☐ ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

☐ nein

Anlagen:

keine

gez. Mandy Pfeifer
Fraktionsvorsitzende